

Volkszeitung

Centralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 46. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Plots 4.—, wöchentlich Plots 1.—; Ausland: monatlich Plots 7.—, wöchentlich Plots 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrifaner 109
Telephon 136-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die nebengespartene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespartene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Plots; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag. **12. Jahrg.**

Die Schuldigen.

Um ein wenig Licht in die Ursachen der tragischen Ereignisse in Oesterreich zu tragen, sei hier trocken folgendes festgestellt:

Am 9. Februar sagte der auf dem linken Flügel der Christlich-Sozialen stehende Führer der österreichischen christlich-sozialen Arbeiterschaft, Abg. Kunzschak, in der Wiener Stadtvertretung:

„Der Entartung des deutschen Geistes entgegenzuwirken und positiv aufbauend zu wirken, das ist der Weg, den uns die Stunde zu gehen heißt. Auf diesem Wege gibt es eine Weggemeinschaft, die über viele Gegensätzlichkeiten hinweg auch heterogene Elemente zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen vermag. Als erste Voraussetzung hierfür gilt der reine Wille und die sittliche Kraft, das Trennende zu meiden, das Einigende zu suchen. Gebe Gott, daß die Zerrissenheit des Geistes und der Seele von unserem Volk und seinen Führern bald sich hebe, ehe Volk und Land an Gräbern steht und weint. Wir wollen heute durch unser Verhalten ein Beispiel geben und Schulter an Schulter mit jenen stimmen, von denen uns sonst eine Welt trennt.“

Die gesamte Stadtvertretung, darunter 80 Prozent der Sozialdemokraten, stimmte begeistert dieser Kundgebung des guten Willens und der staatsmännischen Voraussicht zu, und Bürgermeister Seitz beendigte würdig nach der einmütigen Abstimmung die Sitzung.

Einen Tag darauf erklärte Bundeskanzler Dollfuß in einer Unterredung mit dem Chefredakteur der „Reichspost“ folgendes:

„Wir können und wollen nichts zu schaffen haben mit den Unentwegten jener marxistisch-bolschewistischen Ideologien, die so viel Verderben über unser Land gebracht und wahrhaftig unserer Arbeiterschaft die Erfüllung ihrer Versprechungen schuldig geblieben sind.“ Und auf die Kundgebung Kunzschaks anspielend fügte Dollfuß hinzu: „Wenn da gelegentlich dieser oder jener Politiker in einer Weise redet, die anders lautet, so hat dies mit meinen Auffassungen nichts zu tun.“

Am gleichen Tage, dem 10. Februar, entleide die österreichische Regierung durch eine Anordnung des Vizelandeskanzlers Fey den Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann — einen Sozialdemokraten — beträchtlicher, durch die Verfassung gewährleisteter Vollmachten und übertrug sie auf den Regierungssicherheitskommissar. Und als wieder einen Tag darauf, am 11. Februar, die Wiener mobilisierten Heimwehren, entgegen den Bestimmungen der Friedensverträge, eine Feld- und Schießübung bei der Ortschaft Strebersdorf veranstalteten, wohnte ihr außer dem Staatssekretär für Heereswesen auch Vizelandeskanzler Fey bei. Fey erklärte nach dem Abschluß der Übung: „Ich kann euch beruhigen. Die Aussprachen von vorgestern und gestern — d. h. der Heimwehrführer mit dem Kanzler — haben uns die Gewißheit gegeben, daß Kanzler Dr. Dollfuß der unsrige ist. Ich kann euch noch mehr, wenn auch mit kurzen Worten, sagen: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten für unser Vaterland.“

Am nächsten Tage, Montag früh, begann die Waffensuche in Linz, die Verhandlungen um die Suspendierung der Landesregierungen in Tirol und anderwärts, daraus der Konflikt mit den Arbeitern, ihr Abwehrkampf und die furchtbaren Mordhandlungen der Regierung Dollfuß-Fey.

Dies alles geschah, als von Tirol aus die Welle der verfassungswidrigen Heimwehrforderungen in Bezug auf die Landesparlamente und Auflösung der Parteien, u. a. der sozialdemokratischen, den ganzen Staat zu übersüden begann.

Die Lage der sozialdemokratischen Arbeiterschaft war etwa folgende: Die Erklärung des sozialdemokratischen Parteitag — in dem die Funktionäre der Partei nicht vertreten waren —, daß die Arbeiterschaft zur Mitarbeit bereit sei, zu der der Kanzler in seiner Silberrede aufforderte, wurde abgelehnt. Diese Ablehnung steigerte den

Dollfuß - der Henker

Wüten der faschistischen Mordjustiz.

Wien, 16. Februar. In Wien kam es gestern zu keinen Kampfhandlungen. Es scheint, daß die Kämpfe liquidiert worden sind. Die Straßenbahnen verkehren wieder. Die Schließzeit für die öffentlichen Lokale ist jetzt auf 10 Uhr abends festgesetzt worden.

Auch aus der Provinz sind keine Meldungen über Kampfhandlungen eingetroffen.

Ämtlich wird erklärt, daß der Aufstand niedergeschlagen ist. Die Regierungsexekutive führt jedoch die Durchsuchungaktion weiter fort. Auch ist eine Reihe von neuen Verboten von sozialdemokratischen Verbänden und Organisationen erfolgt.

Ferner wird mitgeteilt, daß in Wien bis jetzt insgesamt 2500 Angehörige des republikanischen Schutzbundes verhaftet worden sind.

Wien, 16. Februar. Das Standgericht beim Wiener Landesgericht hat 4 Angeklagte wegen Aufruhr zum Tode durch den Strang verurteilt.

Der Gruppenführer des republikanischen Schutzbundes, der Arbeiter Karl Swoboda, der verheiratet ist und 3 Kinder hat, wurde wegen Beschädigung der Polizei zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil wurde um 21.25 Uhr vollstreckt.

Zwei weitere Schutzbündler wurden den ordentlichen Gerichten überwiejen.

Wegen der Kämpfe um den Reumannhof wurden der 26jährige Bauzeichner Seiler und der 22jährige Schlossergehilfe Kastinger zum Tode durch den Strang und der 18jährige Klavierbauer Moskto zu 7 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Wien, 16. Februar. Das Standgericht in St. Pölten verurteilte den 25jährigen Malergehilfen Rauchenberger zum Tode durch den Strang. Er wurde für schuldig befunden, einen Bataillonskommandanten des Heimatschutzes erschossen und an einer Zusammenrottung von Mitgliedern des Schutzbundes teilgenommen zu haben. Ferner wurde der 43jährige Arbeiter Johann Hohn wegen versuchten Mordes und Aufruhr zum Tode verurteilt. Die beiden Todesurteile sind am Freitagabend vollstreckt worden.

Zwei weitere Angeklagte, ein Hilfsarbeiter und Meterrentner, wurden wegen Aufruhr zu je 5 Jahren schweren Kerker verurteilt.

Die Zahl der Toten und Verletzten.

Wien, 16. Februar. Ueber die Zahl der in den letzten Tagen getöteten und verletzten Personen liegt nunmehr eine neue amtliche Aufstellung vor, die aber mit Vorbehalt aufgenommen werden muß.

Danach wurden im ganzen Bundesgebiet auf Seiten der Exekutive 101 Personen getötet und 319 verwundet, davon 115 schwer. Allein in Wien hat die Regierungseite 42 Tote und 125 Verwundete zu verzeichnen. In Verlusten an Zivilpersonen werden im ganzen Bundesgebiet mit 137 Toten und 339 Verwundeten

ten angegeben, davon in Wien 105 Tote und 243 Verwundete.

Beschlagnahme von Waffen.

Wien, 16. Februar. Die Waffensuche der Truppen und der Polizei in den roten Gemeindefürsorgern hat nach den bisherigen amtlichen Feststellungen in 12 Bezirken, jedoch ohne Floridsdorf und Ottakring, zur Beschlagnahme von nachstehendem Kriegsmaterial geführt: 73 Maschinengewehre, 3276 Gewehre, 3700 Revolverpistolen und 228 000 Patronen. Die meisten Maschinengewehre sind in dem Arbeiterviertel Favoriten gefunden worden, und zwar 28 Maschinengewehre und 520 Gewehre. Da jedoch das Ergebnis der Waffensuche in den Hauptkampfschnitten Floridsdorf und Ottakring fehlt, muß für das Endergebnis mit weit höheren Ziffern gerechnet werden.

Weiter behauptet der amtliche Bericht, daß in den Lebensmittelbetrieben, Lebensmittellagern, Konsumvereinen und städtischen Betrieben ein großes Netz von Feldtelefonen und Telegraphen angelegt worden war.

30 Millionen Schilling Sachschaden.

Wien, 16. Februar. Nach Schätzungen eines städtischen Bauachverständigen wurde durch die Artilleriebeschädigung an städtischen und anderen Bauten ein Sachschaden von mehr als 30 Millionen Schilling verursacht.

Bauer und Deutsch in Prag.

Prag, 16. Februar. Dem Führer der österreichischen Sozialdemokraten Dr. Otto Bauer und dem Führer des republikanischen Schutzbundes Dr. Julius Deutsch, der bei den Kämpfen im Wiener Stadtteil Floridsdorf verwundet worden ist, ist es auf verschiedenen Wegen gelungen, über die tschechische Grenze nach Bratislawa zu gelangen, von wo aus sie sich dann nach Prag begaben. Sie haben bis zum letzten Augenblick an den Kämpfen in Floridsdorf teilgenommen.

Kopfpremie auf Wallisch erhöht.

Graz, 16. Februar. Die Sicherheitsdirektion Graz hat den Preis für die Ergreifung des bekannnten Schutzbundführers Koloman Wallisch, der sich mit einigen Anhängern in den Wäldern an der jugoslawischen Grenze aufhalten soll, von 1000 auf 5000 Schilling erhöht.

Bahngeleise gesprengt.

München, 16. Februar. Wie aus Salzburg gemeldet wird, wurden in Oberndorf an der Salzach die Bahngeleise von unbekanntem Tätern gesprengt. Der Zugverkehr mußte daraufhin eingestellt werden.

Die Lichtleitung von Salzburg nach Straßwalchen wurde bei Hallwang durch Sprengung eines Lichtmastes unterbrochen.

Radikalismus der Massen mehr als alles andere. Die Arbeitervertrauensmänner trafen Sonabend und Sonntag im geheimen zu einer Beratung über die Lage zusammen. Es fand sich unter ihnen kein einziger, der für einen weiteren Rückzug vor der Heimwehrfront gewesen wäre.

Und daß der Abwehrkampf von der Arbeiterschaft aufgenommen werden mußte, zeigen nachstehende zwei Zitate aus der Regierungspresse:

Das Blatt der Regierung Dollfuß, die „Reichspost“, schreibt Mittwoch, den 14. Februar, zur Zeit der blutigen Ereignisse: „Wenn Wien das Herz Oesterreichs ist, denn war es ein aussichtsloses Unternehmen, das neue Oesterreich zu bauen, solange die Bundeshauptstadt einer Gewalt ausgeliefert blieb, von der zu dem geis-

lichen, sozialen, deutschen, berufständischen Geiste des künftigen österreichischen Staates keine Brücke führt.“

Der Parteiohmann der christlich-sozialen Partei, Dr. Czernak, erklärte am 14. Februar dem Vertreter des zweiten Regierungsblattes, „Weltblatt“: „Die Ereignisse haben die Entwicklung, die naturgegeben war, überaus beschleunigt.“ Der Führer der Regierungspartei sah eine naturgegebene Entwicklung der Dinge darin, daß Wien seine legale Gemeindevertretung entzogen wird, für die sich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, die frei abstimmen konnten, ausgesprochen haben.

Diese objektive Feststellung der Tatsachen zeigt offensichtlich jedermann, wer die wahren Schuldigen des furchtbaren Blutbades sind!

Heimwehr verdrängt Dollfuß?

Wien, 16. Februar. Die von der ausländischen Presse gebrachten Meldungen über einen Bruch innerhalb der Regierung Dollfuß und ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kabinettsministern werden von zuständiger Stelle in der üblichen amtlichen Weise dementiert. Das Dementi soll sich gegen die Gerüchte richten, daß die Heimwehr seit dem Aufstande innerhalb der Regierung die allein maßgebende Rolle spielen werde und daß insbesondere der Vizelanzler Major Fey zukünftig in erster Linie maßgebend sein werde, während der Bundeskanzler immermehr in den Hintergrund gerückt werde.

Von einem solchen Dementi ist jedoch nicht viel zu halten, denn zu gleicher Zeit wird halbamtlich mitgeteilt, daß Bundeskanzler Dollfuß den Landeshauptmann Dr. Schlegel, der bekanntlich vom Heimwehrführer Starhemberg scharf angegriffen worden ist, zur Berichterstattung nach Wien berufen hat. Dr. Schlegel erschien am Freitag nachmittags im Bundeskanzleramt, wo eine eingehende Aussprache stattfand. Die Besprechungen sind jedoch wegen des Ministerrates unterbrochen worden. Sie werden am Sonnabend fortgesetzt.

Zeitweise Aufhebung des Standrechts.

Wien, 16. Februar. Der österreichische Ministerrat, der um 16 Uhr zusammengetreten ist, beschäftigte sich mit Fragen, die mit den Ereignissen der letzten Zeit zusammenhängen.

Der Ministerrat, der bis Mitternacht tagte, stellte fest, daß das Standrecht mit vorläufiger Ausnahme der Länder Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark bereits aufgehoben werden könnte. (Die Aufhebung könnte also in Tirol und Burgenland erfolgen.) Auch in den genannten vier Ländern soll möglichst bald die Aufhebung des Standrechts erfolgen.

Starhemberg will Blut sehen.

London, 16. Februar. Dem Vertreter der „Morning Post“ gegenüber hat Fürst Starhemberg erklärt, es werde unvermeidlich sein, dieser Tage einige sozialistischen Führer zu hängen. Allerdings sei er mehr für Erschießen als für Hängen.

Tiroler Landtag löst sich auf.

Wien, 16. Februar. Aus Innsbruck wird gemeldet, daß sich der Tiroler Landtag gemäß einem Antrag der Christlich-Sozialen aufgelöst habe. Er wird von einem berufenen Landesrat vertreten werden.

Die österreichisch-ungarische Grenze gesperrt.

Budapest, 16. Februar. Laut einer Meldung aus Debenburg hat die österreichische Regierung das Ueberschreiten der österreichisch-ungarischen Grenze zu Fuß und mit Fahrzeugen bis auf weiteres verboten.

Nun wird die Wahrheit unterdrückt.

Nazias auf ausländische Blätter.

Wien, 16. Februar. Die Zeitungen fahren auf Weisung von oben her fort, irreführende Darstellungen über die Ursachen und den Verlauf der Unruhen zu veröffentlichen. Um dem Publikum die volle Kenntnis der Tatsachen vorzuenthalten, hat die Heimwehr am Donnerstag die Geschäftsstellen der größten Zeitungsvertriebsgesellschaften übernommen, um die ausländischen Blätter einer Zensur zu unterwerfen, bevor sie an Zeitungshändler ergehen.

Die Polizei fahndet sowohl bei den Kolporteurs als auch auf dem Flugplatz nach ausländischen Blättern. Man will anscheinend den Verlauf der ausländischen Presse in Wien für die nächsten Tage vollständig unterbinden.

„Die Stellung Dollfuß' unhaltbar.“

Die polnische Presse zu den Ereignissen in Oesterreich.

Warschau, 16. Februar. Wie der „Kurjer Czerwonny“ meldet, sind in Lodz und Umgebung bereits 500 jüdische Flüchtlinge aus Wien eingetroffen.

Auch in Warschau sind, wie die „Gazeta Warszawska“ meldet, schon Flüchtlinge, nämlich Studenten, eingetroffen. Das Blatt fordert daher sofortige Verschärfung der Aufnahmebedingungen an den Hochschulen.

In der polnischen Presse wird fast allgemein die Meinung vertreten, daß die Stellung von Bundeskanzler Dollfuß trotz der Niederwerfung der Sozialdemokratie unhaltbar geworden sei. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann Dollfuß von der politischen Bühne abtreten werde, denn die Tage der Zentrumsdiktatur, sagt z. B. das nationaldemokratische „WC“, seien in Oesterreich gezählt. Das Regiment Dollfuß ist nach Meinung des Blattes im Gegensatz zum Nationalsozialismus und Faschismus eine Diktatur ohne Dogma. Eine Diktatur ohne Ideengehalt und ohne eine breite völkische Grundlage könne nur unter ganz besonderen und seltenen Umständen bestehen. Sobald diese Verhältnisse sich ändern, eröffne sich vor einer solchen Diktatur ein Abgrund.

Die Sorge um Oesterreich.

Kommt es zu einer gemeinsamen Mächteerklärung?

Paris, 16. Februar. Am Freitag vormittag haben am Quai d'Orsay Besprechungen zwischen Ministerpräsident Doumergue, Außenminister Barthou und dem Generalsekretär des Quai d'Orsay einerseits und Außenminister Dr. Beneš andererseits stattgefunden. Später hat der Ministerpräsident den italienischen Botschafter und anschließend den Generalsekretär des Völkerbundes Avenol empfangen. Der englische Geschäftsträger hatte eine Besprechung mit dem Generalsekretär des Quai d'Orsay Legere. Am Freitag abend hat Ministerpräsident Doumergue auch den österreichischen Gesandten empfangen.

In amtlichen Kreisen wird über die Unterredungen Stillschweigen bewahrt, doch verlautet in gut unterrichteten politischen Kreisen, daß die Besprechungen der Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung galten, in der die Mächte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit feststellen wollen.

Das „Journal“ spricht dies deutlich aus: „Das einzige Mittel zu verhindern, daß die österreichischen Zudrungen zugunsten Deutschlands ausgehen, besteht darin, Dollfuß durch eine internationale Aktion zu unterstützen. Somit kann Oesterreich der deutschen Umklammerung nur durch die Annahme der italienischen Schutzherrschaft entgehen, die ihrerseits eine Reaktion in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien auslösen würde. Man muß Mussolini die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er sich der Notwendigkeit bewußt ist, die Gefahren einer Einzelhandlung zu vermeiden. In diesem Sinne sind die Meldungen aus Rom auszulegen, nach denen Italien den Augenblick für eine internationale Aktion für gekommen hält und wozu es trotz seines Mißtrauens gegen den Völkerbund bereit sei, nach Genf zu gehen, damit von dort aus ein feierliches Ausrufen des Protokolls von 1922, durch das die Unabhängigkeit Oesterreichs garantiert wird, erfolgt. Man möchte hoffen, daß Unterstaatssekretär Eden Englands Zustimmung zu diesem Plan überbringt.“

London, 16. Februar. Große Beachtung findet in der englischen Abendpresse die Pariser Meldung, wonach eine gemeinsame Erklärung von Seiten Großbritanniens, Frankreichs und Italiens als Garanten der Unabhängigkeit Oesterreichs beabsichtigt sei, in der diese drei Staaten ihre Entschlossenheit bekräftigen, die Unabhängigkeit der österreichischen Republik aufrechtzuerhalten. Unverhüllte Sorge über mögliche Entwicklungen in der österreichischen Lage nach dem Konflikt zwischen der Regierung und den Sozialisten werde von den Garantenmächten empfunden.

„Evening Standard“ betrachtet die Mitteilung über einen angeblich geplanten Schritt als einen Versuch, Großbritannien in einen europäischen Streit hineinzuziehen, und bezeichnet Italien als den Hauptdrabzieher in den eifrigen Bemühungen, Großbritannien eine neue europäische Bindung aufzuerlegen. Dem Blatt zufolge habe der italienische Botschafter in London, Grandi, dem britischen Staatssekretär des Aeußern, Sir Simon, einen Entwurf der vorgeschlagenen Erklärung unterbreitet. Ein Gedankenaustausch über diese Frage sei jetzt zwischen London, Paris und Rom im Gange.

London, 16. Februar. Es verlautet, daß die englische Regierung zurzeit gegen eine Mächteerklärung betreffs der Unabhängigkeit Oesterreichs sei, da eine solche Deklaration eine moralische Satisfaktion für die Regierung Dollfuß für ihre Aktion gegen die Sozialisten sein würde. Die englische Regierung könnte nur einer Deklaration zustimmen, in der ausdrücklich festgelegt ist, daß sie nicht die innere Politik der Regierung Dollfuß und der Heimwehren gegenüber den Sozialisten anerkenne.

Es wurde hier auch bekannt, daß die französische Regierung den gleichen Standpunkt einnehme.

Beschluß in der Kammer und im Senat.

Paris, 16. Februar. Der Auswärtige Ausschuh der Kammer hielt am Freitag unter Vorsitz des Vizepäsidenten Souliers eine außerordentliche Sitzung ab, um sich mit der Lage in Oesterreich zu beschäftigen. Nach eingehendem Meinungsaustausch faßte der Ausschuh folgende Entschliekung:

Der Auswärtige Ausschuh ist tief bewegt durch die blutigen Ereignisse in Oesterreich und ermahnt beunruhigt das Ende. Er fordert die Regierung auf, den Frieden durch die Unabhängigkeit Oesterreichs zu sichern.

Der Ausschuh hat ferner beschlossen, den Außenmini-

Rundgebung der OSWP.

Gestern versammelten sich in Lodz die Mitglieder der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens zu einer Rundgebung ihrer Verbundenheit mit der österreichischen Arbeiterklasse, die im heldenmütigen Kampf für Freiheit und Sozialismus solch großes Menschen- und Blutopfer gebracht hat. In den Ausführungen der Redner, der Redakteure Heite und Herbe, sowie durch die Sympathiebekundung der Anwesenden für die österreichischen Brüder, die ihr Leben im Kampf für die Freiheit gegen den fas-

cher zu bitten, demnächst Bericht über die internationale Lage zu erstatten.

Paris, 16. Februar. Der auswärtige Ausschuh des Senats beschäftigte sich am Freitag ebenfalls mit der Lage in Oesterreich und nahm nach einem Bericht eine Entschliekung an, in der er sich einstimmig hinter die Regierung stellt, die die Versicherung abgegeben habe, alles zu tun, um die Unabhängigkeit Oesterreichs zu gewährleisten. Die Unabhängigkeit sei außerdem durch die verschiedenen Verträge und das Protokoll vom Jahre 1922 garantiert. Der Ausschuh halte es daher als eine Pflicht, der Unterzeichnermächte, eine Antwort auf die Anfrage der Regierung Dollfuß vom 3. Februar d. Js. zu geben und den beschleunigt einzuberufenden Völkerbundsrat mit dieser Angelegenheit zu betrauen.

Beneš und Barthou einig.

Paris, 16. Februar. In gut unterrichteten französischen Kreisen glaubt man, daß der tschechoslowakische Außenminister Beneš im Verlaufe seiner Unterredung mit dem französischen Außenminister Barthou der französischen These in der Abrüstungsfrage so, wie sie in der letzten französischen Note an Deutschland zum Ausdruck kommt, seine Zustimmung gegeben habe.

Das Hauptthema der Unterredung Barthou-Beneš habe die österreichische Frage abgegeben. Man habe die möglichen Folgen der Ereignisse in Oesterreich geprüft, da eine Entwicklung des jetzigen Regimes in Oesterreich durch Vorbereitung oder Ankündigung des Anschlusses Rückwirkungen auf die schon gestörten internationalen Beziehungen haben könnte. Die öffentliche Meinung in der Tschechoslowakei und in den anderen Ländern der Kleinen Entente zeige Ruhe und verhalte sich abwartend. Unter diesen Umständen hätten sich Barthou und Beneš über die einzunehmende Haltung leicht einigen können.

Sinsichtlich der Abwertung der tschechoslowakischen Währung um 16 v. H. soll der stellvertretende Direktor für politische und Handelsfragen am Quai d'Orsay, Coulondre, Beneš bestätigt haben, daß die französische Regierung bei den gegenwärtigen französisch-tschechoslowakischen Kontingentierungsverhandlungen diese Art der Ausfuhrprämie als neue Tatsache mit in Rechnung stellen müsse.

Paris, 16. Februar. Der tschechoslowakische Außenminister Beneš ist am Freitag abend nach Prag abgereist.

Eine Unterlassungsfünde der englischen Regierung.

Henderjon hatte seinerzeit die österreichische Regierung von der Hervorrufung des Bürgerkrieges gewarnt.

London, 16. Februar. Dr. Hugo Dalton, der in der letzten Arbeiterregierung Unterstaatssekretär des Aeußern war, sagte am Donnerstag abend in einer Rede: Als Henderjon noch Staatssekretär des Aeußern war, richtete er an die österreichische Regierung eine ruhige Warnung, die besagte, wenn die Regierung einen Bürgerkrieg hervorrufe, werde sie mit einer ungünstigen Haltung der britischen Regierung zu rechnen haben. Hätte die jetzige Regierung gemeinsam mit der französischen Regierung eine solche Warnung ergehen lassen, so hätte dem Blutvergießen in Wien Einhalt getan werden können. Dalton fügte hinzu, Henderjons Warnung sei privattim erfolgt.

England und Frankreich mahnen zur Menschlichkeit.

London, 16. Februar. In der Presse, deren Hauptinteresse nach wie vor den österreichischen Vorgängen gilt, wird allgemein die Hoffnung ausgesprochen, daß es nicht zu der von den Sozialisten vorausgesagten „Einrichtungsorte“ kommen werde.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt, die britische Regierung habe in der diskretesten und freundschaftlichsten Weise dem Bundeskanzler und der österreichischen Regierung gegenüber der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß diese Milde zeigen werde. Die neue französische Regierung habe in Wien ähnliche Nachschläge gegeben. Großbritanniens Rat sei im Verlaufe diplomatischer Erörterungen gegeben worden und habe keinen formellen Schritt bedeutet.

turchführenden Faschismus einsetzten, kam zum Ausdruck, daß dieser heroische Freiheitskampf allen die heilige Verpflichtung auferlegt hat, den Faschismus allerorts und bei jeder Gelegenheit auf das Schärfste zu bekämpfen.

Die Lodzer Vorstände der PPS, der OSWP und des „Bund“ haben gestern ein gemeinsam unterzeichnetes Flugblatt erlassen, das die Lodzer Arbeiterklasse aufzuf, zum Zeichen der Sympathie für die österreichischen Freiheitskämpfer die Arbeit am kommenden Montag zwischen 10 Uhr und 10.30 Uhr überall ruhen zu lassen.

